

eigentlichen Antriebskraft, dem Leitbild der industriellen Wachstumsgesellschaft vorbei gehen können. Reisch sieht es in der Positionalität im angedeuteten Sinne. Eine tiefer geführte Diskussion über Dissense wird zu einer Debatte über unser Verständnis der menschlichen Kooperationsfähigkeit führen.

Wären uns nämlich, wie Hobbes meinte, kompetitives Verhalten und Positionalität im definierten Sinne anthropologisch eingeschrieben, so wäre es kulturell gar nicht möglich, dem daraus resultierenden Wachstumszwang durch kooperative Willensbildung zu entkommen.

Der erreichte Mehrwert dieser Projekte für verständigungsorientierte Prozesse liegt schlicht in dem »Sehen«, das mit ihnen möglich wird. Seien es neue Wege, neue Verständnisse für Verzweigungssituationen, mehr gemeinsame Urteile über prioritäre Schritte, vielleicht gar ein wachsendes Bewusstsein für gute neue Ziele.

Wer diese Projekte nicht anstreben *will*, muss sagen, warum er kein Bild der Herausforderung und keine Kenntnis der möglichen Handlungsoptionen haben möchte, warum kein Versuch, einen gemeinsamen Kriterienkatalog zu finden, angestrebt werden sollte, und warum er kein Wissen über die Dissens erzeugenden Faktoren haben *will*.

Mit der Möglichkeit von solchen Motivationsdefiziten müssen wir rechnen und in ihnen die vertrackteste Herausforderung erkennen. Wenn politische Kontroversen mehr und mehr zu einer kommunikativen Begleitveranstaltung zum Gang der Dinge werden, wie Wolfgang Streeck es in seiner luziden Analyse *Re-Forming Capitalism* beschrieben hat, verlieren wir unsere demokratische Politikfähigkeit. Es geht dann darum, Motivationsdefizite als Motivationsdissense sehen und über sie streiten zu können. Verständigungsorientiert. Können wir das?

Michael Dauderstädt

Neuer Fortschritt – Ziele und Kriterien

*»Ja, jetzt wird wieder in die Hände gespuckt,
wir steigern das Bruttosozialprodukt«*

Geier Sturzflug, 1983

Lange Zeit galt die Höhe des Wirtschaftswachstums als Gradmesser für die Prosperität und den Fortschritt einer Gesellschaft. Zunehmend werden Zweifel laut. Der »Neue Fortschritt« hat Einzug in die Debatten gehalten. Doch was ist darunter zu verstehen? Und inwieweit erlaubt oder erfordert er eine Abkehr vom alten Wachstum?

Michael Dauderstädt

(* 1947) ist Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der FES.

michael.dauderstaedt@fes.de



Der Parteivorstand der SPD hat seinen wirtschaftspolitischen Leitanspruch für den Parteitag am 26. September 2010 unter das Motto »Neuer Fortschritt« gestellt. Die Partei tritt damit für ein neues Wachstumsmodell ein, das mehr *will* als eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP). In die gleiche Richtung zielt auch die von

der SPD-Bundestagsfraktion, zusammen mit den Grünen initiierte Enquête-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt«.

Mit der Wiederbelebung des Fortschrittsbegriffs nimmt die SPD eine Argumentation der 80er Jahre wieder auf. Im Kulminationspunkt der damaligen Debatte, im Berliner Programm, heißt es unter der Zwischenüberschrift »Fortschritt, Wachstum und Struktur«: »Nicht jedes Wachstum ist Fortschritt. Wachsen muss, was natürliche Lebensgrundlagen sichert, Lebens- und Arbeitsqualität verbessert, Abhängigkeit mindert und Selbstbestimmung fördert, Leben und Gesundheit schützt, Frieden sichert, Lebens- und Zukunftschancen für alle erhöht, Kreativität und Eigeninitiative unterstützt. Schrumpfen oder verschwinden muss, was die natürlichen Lebensgrundlagen gefährdet, Lebensqualität mindert und Zukunftschancen verbaut.«

Auch der »Neue Fortschritt« zielt auf mehr Lebensqualität, Vollbeschäftigung mit guter Arbeit, gerechtere Verteilung und ökologische Nachhaltigkeit ab. Damit berücksichtigt die SPD den aktuell wachsenden Strom der Kritik am herkömmlichen Wachstumsbegriff, der inzwischen von der ökologischen Opposition über die von Sarkozy eingerichtete Kommission bis zur konservativen Konsumkritik (z.B. Miegel) reicht. Sie grenzt sich insbesondere von einem finanziellen Wachstum ab, das kurzfristige Profite für Finanzinvestoren auf Kosten der Löhne, der Arbeitsbedingungen sowie der langfristigen Entwicklungschancen von Unternehmen und Volkswirtschaften anstrebt und so Ungleichheit, Ungleichgewichte und Krisen produziert.

Mit der Wahl des Begriffs »Fortschritt« wird aber auch an eine Dimension des Wachstums angeknüpft, die eher Teil des traditionellen Wachstumsbegriffs war, nämlich technischer Fortschritt und Innova-

tion. Wohlstand entsteht eben auch durch Produktivität als Folge von Prozessinnovationen und durch bessere und neue Produkte wie etwa PCs, Handys, Internet und das Web 2.0. Gerade ökologisches Verantwortungsbewusstsein erfordert neue Technologien, Prozesse und Produkte, um nicht erneuerbare Ressourcen zu schonen. Schwieriger wird die Entscheidung sicher bei Großprojekten, die zwar vielleicht sozial und ökologisch sind, aber in die Lebenswelt vieler Menschen eingreifen (z.B. Windparks, Stuttgart 21).

Das Verhältnis zum alten Wachstum

»Neuer Fortschritt« will also bewusst nicht auf den alten technischen Fortschritt verzichten. Aber inwieweit kann und will er auf Wachstum verzichten? Dabei sei unter Wachstum das mit dem BIP gemessene Wachstum verstanden. Wie durch die Diskussion der fünf Dimensionen des »Neuen Fortschritts« im Folgenden deutlich werden wird, ist damit aber nicht alles Wachstum erfasst, das Wachstumskritiker stört oder Wachstumsbefürworter anstreben.

Erstens: Arbeit ist die Grundlage des Wohlstands, da sie die Güter und Dienstleistungen erstellt, deren Konsum Wohlstand ermöglicht. Konsumenten werden dabei besser gestellt, wenn sich das Preis-Leistungs-Verhältnis der Güter und Dienstleistungen verbessert. Das kann sich aus höherer Arbeitsproduktivität und Qualitätsverbesserungen ergeben, aber auch aus schlechter Arbeit (geringe Bezahlung, prekäre Jobs, gefährliche Arbeitsbedingungen). Gute Arbeit ist somit teilweise auch eine Kalibrierung der Wohlstandsverteilung zwischen Produzenten und Konsumenten. Das alte Wachstum zählt aber nur den Konsumentennutzen und den höheren Output (Konsum), der aus dem günstigen Preis-Leistungs-Verhältnis resultiert.

Dabei zählen zu den begünstigten Konsumenten natürlich auch die Produzenten. Die Produzenten in relativ privilegierten Arbeitsverhältnissen bzw. Kapitalbesitzer profitieren von der prekären Arbeit, ohne von ihren Nachteilen unmittelbar betroffen zu sein, während die in prekären Jobs zwar auch den Konsumentennutzen haben, dafür aber mit einem schlechten Arbeitsleben bezahlen. Umgekehrt sind die meisten Konsumenten zumindest in bestimmten Lebensphasen auch Produzenten. In dieser Phase sind sie an guten Arbeitsverhältnissen interessiert, die einen wichtigen Teil der Lebensqualität ausmachen.

Zweitens: Vollbeschäftigung erhöht das alte Wachstum und das Glück; denn das BIP steigt, je mehr Erwerbsarbeit geleistet wird, und Arbeitslosigkeit wird meist als massives Unglück erfahren. Aber Arbeit ist kein Selbstzweck, sondern soll gesellschaftliche Bedürfnisse an Gütern und Dienstleistungen decken. Wenn die Produktivität wächst, dann kann sie nicht nur in höheren Output und höhere Einkommen, sondern auch in mehr Freizeit umgesetzt werden. Das ist in dem Maße sinnvoll, wie für wachsende Teile der Bevölkerung der Bedarf an Gütern und Dienstleistungen bereits gesättigt ist und sie daher andere Präferenzen als mehr Konsum haben. Das Produktivitätswachstum könnte sich aber auch verlangsamen oder umkehren, wenn etwa durch die tendenzielle Erschöpfung natürlicher Ressourcen immer mehr Arbeit zur Produktion der gleichen Gütermenge notwendig wird.

Bei weiter steigender Produktivität ist Vollbeschäftigung nur vorstellbar, wenn entweder weniger Stunden gearbeitet werden oder Output und Nachfrage, also das BIP, weiter wachsen. Bei geringem oder keinem Wachstum ist die Arbeit umzuteilen, sei es als Arbeitslosigkeit einiger (womit aber das Vollbeschäftigungsziel verletzt würde), sei es als kürzere Wochen-, Jahres- oder Lebensarbeitszeit aller. Der

letzte Weg scheint heute verpönt zu sein. Alle Reformen der letzten Jahre (Abitur nach 12 Jahren, Aussetzung der Wehrpflicht, Bologna-Prozess, Rente mit 67) wollen das Arbeitsangebot vergrößern. Unter solchen Bedingungen erlaubt nur stärkeres Wachstum mehr Beschäftigung.

Wachstum, Gleichheit, Lebensqualität

Drittens: Lebensqualität hängt nicht nur vom Markteinkommen ab, sondern auch von zahlreichen Leistungen, die in der Familie oder im Haushalt außerhalb der Erwerbsarbeit erbracht werden. Zwar ist eine Gestaltung der Erwerbsarbeit, die die Beschäftigten physisch und psychisch schont und nicht durch überhöhte Flexibilitäts- und Mobilitätsanforderungen den Raum für die Lebensgestaltung bedroht, ein wichtiger Teil der Lebensqualität, aber im Zeitbudget der Menschen nimmt die Erwerbsarbeit einen relativ geringen Stellenwert ein, insbesondere über den gesamten Lebenszyklus. Insofern überrascht auch das Ergebnis der Glücksforschung kaum, dass Einkommenszuwächse die subjektive Wohlfahrt nicht immer weiter erhöhen. Je mehr Leistungen außerhalb des Marktes erstellt werden, desto geringer ist das BIP. Je mehr Haushaltstätigkeiten in den Markt verlagert werden (z.B. Restaurant oder Fertiggericht statt selbst Kochen), desto höher ist das BIP. Dabei sollte man aber nicht der Illusion erliegen, dass Haushaltsproduktion zwangsläufig besser oder ökologischer sei. Sie belastet häufig einseitig Frauen und ist oft weniger ressourceneffizient als moderne profitorientierte Produktion.

Viertens: Gleichheit und Wachstum stehen in einem Spannungsverhältnis. Eine gleichmäßigere Einkommensverteilung wird – selbst bei ansonsten gleichem gesamtwirtschaftlichem Einkommen – wahrscheinlich die Nachfrage erhöhen, da die

Sparquote sinkt. Eine andere Verteilung wird nicht nur das Volumen, sondern auch die Struktur der Nachfrage verändern. Damit müssen bestimmte Branchen wachsen. Inwieweit andere dafür schrumpfen, hängt von der Gesamtnachfrage ab. Liberale Marktwirtschaftler erwarten allerdings, dass das Angebot zurückgeht, da Einkommensangleichung die Anreize für einkommens- und angebotssteigernde Tätigkeiten, insbesondere der vermuteten »Leistungsträger«, verringert.

Ohne Wachstum kann eine gerechtere Verteilung nur durch (stärkere) Umverteilung erreicht werden. In einem Wachstumskontext können dagegen die Einkommen der ärmeren Haushalte schneller steigen als die der reicheren, ohne dass die letzteren sinken müssten. Insbesondere die – oft ärmeren – Bezieher von Transfer-einkommen (Rente, Arbeitslosenunterstützung, Krankengeld oder Sozialhilfe) können in einem Wachstumskontext eher mit steigenden Einkommen rechnen; denn bei wirtschaftlicher Stagnation werden sich die Beitragszahler gegen höhere Abgaben wehren. Vollbeschäftigung im Zuge von Wachstum senkt dagegen den Transferbedarf.

Fünftens: Die Umwelt nimmt bei steigenden Einkommen einen steigenden Stellenwert im Bewusstsein und in den Präferenzen der Bevölkerung ein. Sinkende Einkommen bei Krisen und Stagnation stärken dagegen eher den Wunsch nach (altem) Wachstum. Wenn ein geringeres BIP deshalb mit mehr externen Kosten produziert wird, schadet dies der Umwelt. Unabhängig von den individuellen Präferenzen erzwingt der drohende Klimawandel Maßnahmen zur Treibhausgasreduzierung. Ausgaben für CO₂-Reduzierung, Ressourceneffizienz, Umweltschutz und -Restauration erhöhen das BIP, wenn dadurch nicht andere Ausgaben verdrängt werden. Zwar sinkt die reale Produktivität, wenn mehr gesellschaftliche Arbeit zur Gewinnung der gleichen Menge Rohstoff

oder zur Produktion der gleichen Menge Güter und Dienstleistungen bei gleichzeitiger Vermeidung von vorher geduldeten Umweltschäden aufgewandt wird. Aber solange die Nachfrage wegen der voraussichtlich gestiegenen Preise nicht nachlässt, bedeutet das Beschäftigungszuwächse.

Mehrdeutiges Wechselverhältnis

Altes Wachstum und »Neuer Fortschritt« stehen also in einem mehrdeutigen Wechselverhältnis. Der Verzicht auf Wachstum bedeutet nicht immer Fortschritt. Das BIP kann steigen, ohne den Fortschritt zu gefährden. Eine »Marketization«, also eine Umwandlung von Haushaltsproduktion, Schwarzarbeit oder ehrenamtlicher Tätigkeit in Erwerbsarbeit, erhöht beispielsweise das BIP, auch wenn alle physischen Prozesse und somit die ökologischen Wirkungen gleich bleiben. Ähnliches gilt für nur nominelles BIP-Wachstum in Form von Preissteigerungen oder Inflation, das zwar nicht als Fortschritt zu bezeichnen ist, aber Fortschritt häufig begleitet, wenn etwa die Einkommen in Branchen ohne Produktivitätsfortschritt am allgemeinen Wohlstand beteiligt werden sollen. Mancher Fortschritt, vor allem mehr Gleichheit und Beschäftigung, ist realistischerweise nur bei Wachstum zu haben.

Welche Instrumente sind angezeigt? Der Markt schont zwar knappe Rohstoffe, dadurch dass ihre Preise steigen, kennt aber keinen Preis für Klima, Gleichheit oder Lebensqualität. Die gute Arbeit erreicht man am besten durch Mitbestimmung und staatliche Standards. Gleichheit entsteht unter dem Druck schlagkräftiger Gewerkschaften und staatlicher Umverteilung.

Fortschritt zu erzielen erfordert also einen klugen Mix aus Marktsteuerung, gesellschaftlicher Autonomie und Staatshandeln.